

150 Jahre Eidgenossenschaft: NationalrätInnen fordern einen humanitären Akt.

Amnestie für Ausweislose

Die Schweiz werde in Zukunft vermehrt dem Gedanken der Solidarität Rechnung tragen. Das sagte Bundesrat Arnold Koller, als er die Idee der Solidaritätsstiftung präsentierte. Eine gute Gelegenheit dazu bietet sich im nächsten Jahr: Der Bundesrat könnte aus Anlass von „150 Jahre Bundesstaat“ den Aufenthalt von jenen Menschen legalisieren, die ohne gültige Papiere hier leben.

Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere gelten nichts. Sie sind niemand. Die Zukunft ist ihnen verbaut, sie haben keine Perspektive. Oft sind sie recht- und schutzlos der Willkür von Arbeitgebern ausgeliefert. Meistens sind sie Opfer sehr engstirniger Auslegungen von engherzigen Bestimmungen der Ausländergesetze.

In Frankreich nennt man diese Menschen die „Sans-Papiers“. Sie beschäftigen dort die Öffentlichkeit seit langem. Die sozialdemokratische Regierung von Lionel Jospin will ihnen mit neuen Bestimmungen ihre Würde als Menschen zurückgeben. Eine Kommission überprüft nun die einzelnen Dossiers und sucht Lösungen für jede Einzelne und jeden Einzelnen.

Auch im Kanton Waadt haben diesen Sommer „Papierlose“ aus Ex-Jugoslawien mit Aktionen von sich reden gemacht. Sie haben wegen der Dreikreispolitik des Bundesrates ihre Arbeitsbewilligung verloren. Im Rahmen dieser Politik, die jetzt revidiert wird, hatte der Bundesrat beschlossen, dass keine Saisoniers aus Ex-Jugoslawien mehr in der Schweiz arbeiten dürfen und ehemalige Saisoniers nur unter sehr schwierigen Voraussetzungen eine Jahresaufenthaltsbewilligung bekommen sollen. Die Regierung des Kantons Waadt hat diese unmenschliche Politik schliesslich korrigiert und den betroffenen Saisoniers ein vorläufiges Bleiberecht gewährt.

Damit ist aber nur ein kleiner Teil des Problems gelöst. In der Schweiz leben viele Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere. Über die genaue Zahl kann man nur spekulieren. Man vermutet eine grössere Zahl von Saisoniers, welche aufgrund der Dreikreispolitik des Bundesrates ihre Lebensgrundlage hier hätten aufgeben müssen, die aber aus verschiedenen Gründen nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können.

Eine weitere Gruppe betrifft Kinder und Jugendliche, die aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen eigentlich nicht hier wohnen dürften, aber trotzdem mit ihren Eltern zusammenleben. Sie sind auch als die „versteckten Kinder“ der Saisoniers bekannt.

Betroffen sind auch viele ausländische Frauen, die als Arbeitskräfte im Haushalt, im Gastgewerbe oder in der Alterspflege sehr geschätzt sind, aber aus irgendeinem Grund keine gültige Arbeitsbewilligung (mehr) haben. Gemeinsam ist diesen Menschen ihre Recht- und Perspektivlosigkeit. Alle sind sie der Ausbeutung, die die Schwarzarbeit mit sich bringt, ausgesetzt.

Mit einer Amnestie für solche Menschen hätte die Schweiz die Möglichkeit, den Solidaritätsgedanken, den die offizielle Politik künftig vermehrt leiten soll (Bundesrat Arnold Koller in seiner Rede von Anfang März zur „Solidaritätsstiftung“), konkret und begleitend zu anderen Massnahmen umzusetzen.

Wenn ein Staatsjubiläum gefeiert wird, besinnt man sich gerne auf das Gute und das Verbindende. Es wäre der Schweiz sehr angebracht, aus Anlass der Jubiläumsaktivitäten zu „150 Jahren Bundesstaat“, aber auch im Rahmen der Aktivitäten zu „50 Jahre UNO-Menschenrechte“, die im gleichen Jahr gefeiert werden, Ungerechtigkeiten und unwürdige Situationen zu korrigieren. Die Schweiz sollte die Chance wahrnehmen, Solidarität mit Rechtlosen zu zeigen.

Angeline Funkhäuser, SP-Nationalrätin und ehemalige Zentralsekretärin des SAH.

Neue Gewerkschaft, 17.12.1997.

SAH > Sans-Papiers. 17.12.1997.doc.